

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses  
am Montag, den 27.01.2025 um 14:30 Uhr  
Ratssaal des Rathauses, Exerzierplatzstraße 17

---

Erschienen sind:

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer  
Herr Michael Maas

Mitglieder

Frau Edeltraut Buser-Hussong  
Herr Dieter Clauer  
Frau Barbara Deutschmann  
Frau Katja Faroß-Göller  
Herr Klaus Jürgen Hartmann  
Herr Gerhard Hussong

| Vertreterin für Herrn Bastian Welker  
Vertreter für Herrn Frederic Krämer  
  
| Vertreter für Herrn Volker Haberkost  
Vertreter für Herrn Giuseppe Di Benedetto  
ab 14:17 Uhr

Herr Jochen Knerr  
Frau Gudrun Mattheis  
Herr Bernd Maus  
Frau Christine Mayer  
Herr Philipp Scheidel  
Herr Tobias Semmet  
Herr Bernd Süssig  
Herr Sebastian Tilly  
Herr Jan Philipp Weimann  
Herr Erich Weiß

| Vertreter für Frau Stefanie Eyrisch

Protokollführung

Frau Iveta Leidinger

von der Verwaltung

Markus Eyrisch  
Herr Guido Frey  
Herr André Jankwitz  
Herr Alexander Kölsch  
Frau Annette Legleitner  
Frau Kimberly Lemmens  
Herr Sebastian Libal  
Herr Roman Lill  
Herr Oliver Minakaran  
Herr Rolf Schlicher  
Herr Karsten Schreiner  
Herr Marc Schwartz  
Herr Peter Schwarz

Zu Ausbildungszwecken anwesend

Lea Schellenbaum (Azubi)  
Alina Ehrstein (Praktikantin)

Abwesend:

Mitglieder

Herr Giuseppe Di Benedetto  
Frau Stefanie Eyrisch  
Herr Volker Haberkost  
Herr Frederic Krämer  
Herr Bastian Welker

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Daniel Lindemann

| Planungsbüro GDLA (TOP 1)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:40 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Hauptausschussmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Bewerbung für die Landesgartenschau 2032
2. Jobcenter Pirmasens - Jahresbilanz 2024 und Ausblick 2025
3. Vorberatung von Ratsbeschlüssen
  - 3.1. Erteilung von Vergabeermächtigungen
    - 3.1.1. Immanuel Kant Gymnasium - Umbau und Modernisierung naturwissenschaftliche Fachräume
    - 3.1.2. Umsetzung Paket 10 des Kanalsanierungskonzeptes
4. Erteilung von Vergabeermächtigungen
  - 4.1. Leibniz-Gymnasium Pirmasens  
Fensterbauarbeiten, 4. BA (kurzer Gebäudeflügel Richtung Schulhof)
  - 4.2. Schäferstraße 2  
Rückbau Dach, Entkernung Gebäude und Errichtung Flachdach
  - 4.3. Bauliche und energetische Sanierung des Faulturms in der Kläranlage Felsalbe
5. Auftragsvergaben
  - 5.1. Baumfällmaßnahme Pirmasens 2024 mittels Helikopter
6. Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
7. Antrag der Koalition CDU, FWB, FDP vom 10.09.2024 bezüglich "Kameraüberwachung"
8. Anfragen und Informationen

**zu 1      Bewerbung für die Landesgartenschau 2032**  
**Vorlage: 1971/II/67/2025**

Zu Beginn der Sitzung bittet der Vorsitzende eine Schweigeminute einzulegen um der Opfer des Holocausts zu gedenken.

Zum Internationalem Gedenktag an die Opfer des Holocausts erheben sich die Anwesenden zu einer Schweigeminute.

Sodann führt der Vorsitzende fort und informiert, dass die Geschäftsordnung der 19. Wahlperiode mit der Ladung versandt worden sei.

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Garten- und Friedhofsamtes vom 14.01.2025.

Der Vorsitzende führt aus:

“Wie im letzten Jahr angekündigt, haben wir in den letzten Monaten eine Bewerbung für die Landesgartenschau 2032 entwickelt.

Das Konzept wurde gemeinsam mit dem Büro GDLA erarbeitet. Ich begrüße insoweit Herrn Lindemann.

Bei der Stadt gibt es eine Projektgruppe, bei der Andre Jankwitz die Federführung übernommen hat. Das Projekt ist dezernatsübergreifend, so dass alle drei Dezernenten eingebunden sind.

Außerdem gab es eine rege Bürgerbeteiligung, um die Ideen und Vorschläge der Bürger mit einzubringen.

Denn die Landesgartenschau soll nicht nur für die Gäste erfolgen, sondern vor allem für die Pirmasenserinnen und Pirmasenser selbst. Pirmasens hat sich bereits zum dritten Mal für die Landesgartenschau beworben. Dieses Mal stehen die Chancen sehr gut. Denn die letzten beiden Mitbewerber - Bad Kreuznach und Montabaur- haben angekündigt, voraussichtlich keine Bewerbungen einreichen zu wollen.

Ich bin deshalb zuversichtlich, dieses Mal den Zuschlag zu erhalten und 2032 der „Garten“ des Landes Rheinland-Pfalz zu werden!

Heute möchten wir Ihnen das Konzept präsentieren.

Aus meiner Sicht hat Pirmasens ein sehr gelungenes Konzept erarbeitet, das für Pirmasens sehr positive Auswirkungen haben dürfte.

Im Mittelpunkt steht dabei eine Anbindung der Innenstadt an den Eisweiher und den Pfälzerwald.

Bereits vorab: Natürlich ist eine Gartenschau auch mit Kosten und Risiken verbunden. Das scheint auch der Grund zu sein, warum einige Mitbewerber ihre Bewerbung zurückgezogen haben. Allerdings ist eine Landesgartenschau auch immer mit großen Chancen verbunden. Wir werden dem Hauptausschuss und im Februar dem Stadtrat mit großer Überzeugung empfehlen, die Bewerbung trotz gewisser Risiken einzureichen.

Denn mit unserem bodenständigen Konzept sehen wir für die Stadt weit mehr Chancen als Risiken. Eine Gartenschau hat nämlich nicht nur kurzfristige Auswirkung während der eigentlichen Veranstaltung.

Sie wirkt vielmehr auch nachhaltig positiv in den Bereichen Tourismus, Wirtschaft, Soziales, Mobilität, Stadtentwicklung, Landschaftspflege, Klimaschutz, usw.

Sie ist also auch ein Instrument der Wirtschaftsförderung für Pirmasens und die gesamte Südwestpfalz. Somit würde uns die Gartenschau dabei helfen, unsere

Ziele noch besser zu verfolgen, mit denen wir uns ohnehin in den nächsten Jahren beschäftigen werden.

Ich freue mich nun auf die Präsentation durch Herrn Jankwitz und Herrn Lindemann und bin auf Ihre Reaktionen gespannt.“

Herr Lindemann vom Planungsbüro GDLA bedankt sich für die Einladung. Er stellt sich kurz vor und präsentiert anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift).

Ratsmitglied Süssig fragt, ob die Barrierefreiheit ebenso eingeplant sei.

Herr Lindemann antwortet, dass man versuche die Barrierefreiheit bei allen Konzepten einzuhalten. Es gebe aber auch manche Konzepte, bei denen es nicht machbar sei.

Herr Lindemann weist darauf hin, dass es sogar auch bei den Steigungen Pausemöglichkeiten gebe, und fügt hinzu, komplett barrierefrei werde man das gesamte Konzept nicht hinbekommen können.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Lindemann und übergibt das Wort an Herrn Jankwitz.

Herr Jankwitz präsentiert anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2 und 3 zur Niederschrift).

Bürgermeister Maas stellt anhand einer Tabellenpräsentation (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) die Besucherprognosse im Umkreis von 30 Kilometern vor. Er stellt die geplanten Eintrittspreise dar. Die Schätzung des Einnahmenergebnisses fiele sogar mit einem leichten Plus für die Stadt aus.

Ratsmitglied Scheidel bedankt sich bei Herrn Lindemann und Herrn Jankwitz. Er finde das Konzept toll und begrüße dadurch entstandene ökologische Städtebauentwicklung, welche positive Potentiale für Wirtschaft und Politik mit sich bringe. Er sei beeindruckt, die CDU stehe hinter dem Projekt und werde zustimmen.

Ratsmitglied Tilly bedankt sich für die Vorstellung des Konzeptes. Es sehe auf den ersten Blick alles sehr gut geplant aus. Auch die Achsenthemen, wie Gastronomie etc.... Das Landesgartenschau-Konzept ermögliche nach der Landesgartenschau eine sinnvolle Nachnutzung. Bis 2032 seien es noch viele finanzielle Änderungen. Er finde diese Maßnahme sehr begrüßenswert.

Ratsmitglied Süssig schließt sich den Vorrednern an. Durch das Projekt werde die Innenstadt belebt, die momentan unter enormen Leerstand leide.

Er fragt, ob auch Tunnel oder Unterführungen geplant seien, bzw. Brücken oder Aufzüge um die verschiedenen Zonen zu überqueren. Die Wege um den Alten Friedhof seien ebenso sehr holprig. Er bittet deswegen um eine Nachsteuerung des Projektes, was die Fußgänger betreffe.

Bürgermeister Maas antwortet, die Stadtverwaltung versuche Schwellen abzubauen. Um Barrierefreiheit herzustellen seien fahrbare Rampen oder sogar ein Aufzug geplant. Für die Zukunft seien viele Rampenprojekte geplant. Der obere Bereich der Fußgängerzone werde umgestaltet. Genauso sei eine ca. 7 Kilometer lange Shuttelbus-Strecke geplant, wie auch ein Shuttelbus-Service in der Innenstadt.

Der Vorsitzende fügt hinzu, es seien keine Tunnel geplant.

Ratsmitglied Semmet fragt an, wie es mit dem Haushalt aussehe und bezieht sich auf die Presseberichte.

Der Vorsitzende erklärt, dass alle Städte einen unausgeglichenen Haushalt hätten. Der Eigenanteil werde durch die SEP/Förderung finanziert.

Ratsmitglied Maus bedankt sich für die Vorstellung des Konzeptes. Er erkundigt sich, welche zusätzlichen Kosten der Stadtverwaltung entstünden, sowohl personelle als auch die Höhe der Kosten danach.

Bürgermeister Maas antwortet, man könne dies heute noch nicht beziffern. Er könne nur sagen, dass die Neuanlagen pflegeleicht gebaut würden. Beim Grünflächenmanagement rechne er schon mit höheren Kosten. Es gebe noch die Möglichkeit einer betriebsarmen Finanzierung.

Herr Jankwitz fügt hinzu, dass die Flächen, wie Friedhof, Eisweiher gepflegt würden, deswegen bleibe die Fläche gleich.

Ratsmitglied Hussong betont, die Bedeutung der Stadtentwicklung. Sinnvoll wäre es, das Vorhaben mit den Mitteln aus der SEP GmbH zu finanzieren. Für den Shuttelservice müssten neue Fahrzeuge, mit neuen Technologien angeschafft werden. Dies werde Motor für die Stadtentwicklung sein.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, leitet der Vorsitzende zur Abstimmung über.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig:

Das Garten- und Friedhofsamt hat zusammen mit dem Büro GDLA aus Heidelberg ein Bewerbungskonzept für die Durchführung einer Landesgartenschau in Pirmasens erstellt. Die Stadt bewirbt sich mit dem Konzept

**„Dem Pfälzerwald ganz nah!“**

für die Durchführung der LGS 2032. Dem vorgestellten Konzept und dem Kostenrahmen für Investitionen in Höhe von ca. 15,4 Millionen € wird zugestimmt.

## **zu 2 Jobcenter Pirmasens - Jahresbilanz 2024 und Ausblick 2025**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Schwarz vom Jobcenter und bittet ihn dem Hauptausschuss den Rückblick und die Vorschau zu präsentieren.

Herr Schwarz präsentiert anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 5 zur Niederschrift).

Ratsmitglied Hussong fragt, wie das Jobcenter im Bereich Widersprüche und Klagen im Vergleich mit anderen Jobcentern liege.

Herr Schwarz antwortet, dass die Quote mit 0,6 % niedrig sei.

Der Vorsitzende fügt hinzu, alleine die Kosten der Mitarbeiter bei Sozialgerichtsverfahren seien hoch gewesen.

Herr Schwarz führt weiter fort, die Statistik weise für das Jahr 2024 9 erledigte Klagen auf.

Weiterhin zeigt er das Ergebnis von der Rechtsabteilung auf.

Betreffend die Budgetentwicklung 2025 rechne man mit der Streichung von Geldern, bei gleichzeitig steigenden Fixkosten.

Es werde eine herausfordernde Situation für das Jobcenter. Außerdem gingen über 20 % der Belegschaft des Jobcenters in 10 Jahren in Rente.

Abschließend berichtet Herr Schwarz über den Instrumentenmix 2025, sowohl Integration und Teilhabe, als auch Aktivierung und Orientierung. Er macht auch auf die gesetzliche Änderung aufmerksam, dass die berufliche Weiterbildung weiter an die Arbeitsagenturen geleitet werde.

Der Vorsitzende bedankt sich und fragt ob es noch Fragen dazu gebe.

Ratsmitglied Faroß-Göller fragt, warum es in dem Erstorientierungskurs, die sonst nur in Erstaufnahmeeinrichtungen stattfänden nur 15 Teilnehmer gebe.

Herr Schwarz erwidert, dieser Kurs gehe 10-12 Wochen und sei mit 300 Stunden mit maximal 15 Teilnehmer vollbesetzt.

Der Vorsitzende fügt hinzu, die Nachfrage sei nicht so hoch gewesen, da es in den Städten gute Steuerung im Asylbewerberbereich gebe. Die Resonanz in der Stadt Pirmasens sei sehr gut gewesen. Man könne die Flüchtlinge gut erreichen und Ihnen bei der beruflichen Integration helfen.

Ratsmitglied Hussong fragt, ob das Jobcenter den gesetzlichen Aufgaben gewachsen sei und es genug Personal zur Bewältigung der Supervisionen habe. Weiterhin merkt er an, dass im Beratungsbereich die Kollegen mit persönlichen Schicksalen zu tun hätten. Hinsichtlich der Digitalisierung bestehe Verbesserungsbedarf.

Herr Schwarz teilt mit, das Jobcenter habe bereits seit dem 14. Januar eine App. Schwierigkeiten mache die Datenschutzerklärung. Diese App sei PIN - geschützt. Der Vorteil sei, dass die App zeitunabhängig sei, da ein Antragsdatum wichtig als Nachweis für die Beantragenden sei. Man könne so einen Antrag auch online stellen. Dann bekomme man nur die Fragen gestellt, die im Antrag Verfahren ebenso gestellt würden.

Dem Bundesagenturpersonal biete man unter anderem auch die Möglichkeit eine psychologische Beratung durch den Bundespsychologischen Service für die Mitarbeiter in Anspruch zu nehmen.

### **zu 3 Vorberatung von Ratsbeschlüssen**

#### **zu 3.1 Erteilung von Vergabeermächtigungen**

##### **zu 3.1.1 Immanuel Kant Gymnasium - Umbau und Modernisierung naturwissenschaftliche Fachsäle** **Vorlage: 1963/II/69/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung über-sandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 13.12.2024.

Bürgermeister Maas präsentiert anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 6 zur Niederschrift).

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig:

Der Maßnahme **S 15 Immanuel Kant Gymnasium – Umbau und Modernisierung der naturwissenschaftlichen Fachsäle** wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt-) Kostenschätzung auf insgesamt rd.

**€ 2.300.000,00 brutto**

festgestellt.

1. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt-) Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **€ 454.471,81** brutto (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Verrechnung: Inv.Nr. 2170000011

##### **zu 3.1.2 Umsetzung Paket 10 des Kanalsanierungskonzeptes** **Vorlage: 1966/II/66.3/2025**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 10.01.2025.

Er zeigt die Umsetzung Paket 10 des Kanalsanierungskonzeptes anhand der Lagepläne (siehe Anlagen 7, 8, 9 und 10 zur Niederschrift) auf.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig:

1. Der Umsetzung des Paketes 10 des Kanalsanierungskonzeptes wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung für die Kanalsanierung in Teilbereichen der Allee-, Hügel-, Rotmühl- und Schachenstraße auf insgesamt

**€ 815.000,00 brutto**

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt, wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karez von maximal **€ 163.000,00 brutto** (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Verrechnung der Kosten erfolgt über den Wirtschaftsplan 2025 des Abwasserbeseitigungsbetriebes bei folgenden Auftragsnummern:

04210303450 für die Alleestraße (360.000.- €), 04210303550 für die Hügelstraße (180.000.- €), 04210303540 für die Rotmühlstraße (75.000.- €) und 04210303530 für die Schachenstraße (200.000.- €).

Die Mittel sind im Wirtschaftsplan 2025 veranschlagt. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung.

## **zu 4        Erteilung von Vergabeermächtigungen**

### **zu 4.1      Leibniz-Gymnasium Pirmasens Fensterbuarbeiten, 4. BA (kurzer Gebäudeflügel Richtung Schulhof) Vorlage: 1965/II/69/2025**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 09.01.2025.

Bürgermeister Maas präsentiert anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 11 zur Niederschrift).

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

1. Den Fensterbauarbeiten zum 4. Bauabschnitt (Kurzer Gebäudeflügel Richtung Schulhof) im Leibniz-Gymnasium, Luisenstraße 2 in 66953 Pirmasens wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

**€ 167.500,00 € brutto**

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karez von maximal € 33.500,00 brutto (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Verrechnung:

Die Finanzierung erfolgt über Psk. 114100.52310000 Gebäudeunterhalt

**zu 4.2 Schäferstraße 2  
Rückbau Dach, Entkernung Gebäude und Errichtung Flachdach  
Vorlage: 1968/II/69/2025**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschusmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 14.01.2025.

Bürgermeister Maas macht darauf aufmerksam, dass es hier um eine Vollsperrung der angrenzenden Fröhnlstraße im oberen Bereich gehe. Die Anwohner könnten entgegen der Fahrtrichtung einfahren. Eine Abstimmung mit Ordnungsamt und Feuerwehr sei bereits erfolgt.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

1. Der Maßnahme zum Rückbau des vorh. Mansarddaches und anschließender Entkernung des Gebäudes sowie Errichtung eines neuen Flachdaches am Gebäude der Schäferstraße 2 in 66953 Pirmasens wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

**€ 210.000,00 € brutto**

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karez von maximal € 42.000,00 brutto (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Verrechnung: Produktsachkonto: 114100.52310004 Ordnungsmaßnahmen Stadtgebiet

**zu 4.3 Bauliche und energetische Sanierung des Faulturms in der Kläranlage Felsalbe**  
**Vorlage: 1972/II/66.3/2025**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 15.01.2025.

Bürgermeister Maas teilt mit, dass der Beschluss vorbehaltlich der Zustimmung des Ortsbeirates Niedersimten ergehe. Der Ortsvorsteher sei bereits informiert worden.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

1. Der Sanierung des Faulturms in der Kläranlage Felsalbe wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung für die Maßnahme auf insgesamt

**€ 450.000,00 brutto**

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **€ 90.000,00 brutto** (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Verrechnung der Kosten erfolgt bei Auftragsnummer 03500200000 des Sonderhaushaltes des Abwasserbeseitigungsbetriebes.

Die Mittel sind im Wirtschaftsplan 2025 veranschlagt. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung.

**zu 5 Auftragsvergaben**

**zu 5.1 Baumfällmaßnahme Pirmasens 2024 mittels Helikopter**  
**Vorlage: 1970/II/67/2025**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Garten- und Friedhofsamtes vom 14.01.2025.

Bürgermeister Maas führt in das Thema kurz ein und übergibt an Herrn Schwartz.

Herr Schwartz berichtet, die Geschwindigkeit mit der die Firma die Arbeiten erledige sei beeindruckend. Für die Arbeiten, die normalerweise 2 bis 2,5 Monaten dauern würden, habe

die Firma im letzten Jahr nur 2 Tage gebraucht. Dies führt zu einer enormen Zeitersparnis und ebenso spart man auch bei den Kosten. Durch die Arbeit der Firma fielen keine Aufräumarbeitskosten, wie Sägemehl zu beseitigen, und keine Durchgangssicherungsmaßnahmen (2-3 Tage) an. Außerdem könnte man jetzt auch Holz verkaufen, was früher nicht möglich gewesen sei. Ein Stamm bringt ca. 6.000,00 Euro.  
Insgesamt sei das Verfahren auch schonender.

Bürgermeister Maas fügt hinzu, die Kollateralschäden würden durch den Hubschrauber minimal gehalten.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Der Hauptausschuss stimmt der Auftragsvergabe zur Ausschreibung der Baumfällmaßnahme Pirmasens von 2024 mittels Helikopter an die Firma Rotex in Höhe von 121.895,27 € (brutto) zu.

**zu 6            Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO  
Vorlage: 1964/I/10.1/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung über sandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 18.12.2024.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Annahme der folgenden Spenden:

Geldspende:

Spender	Zweck	Betrag
psb Intralogistics GmbH	Spende für OB Ball 2024 am 09.11.2024	250,00 €
Weis Hopmeier & Stegner Partnerschaft Steuerberatungsgesellschaft	Spende für OB Ball 2024 am 09.11.2024	200,00 €
N. Kirchhöfer GmbH	Spende für OB Ball 2024 am 09.11.2024	200,00 €
Klaus Leinenweber Rechtsanwälte	Spende für OB Ball 2024 am 09.11.2024	500,00 €
Lions Hilfe Pirmasens	Spende für LED- Schwimmfontänenbeleuchtung; Sprudler Strecktalpark Weiher mit Einbau und Instandsetzung	1.000,00 €
Gustav-Gundelwein-Stiftung	Geldspende anlässlich Ball des Oberbürgermeisters	500,00 €
Leistungszentrum Motsch GmbH	Geldspende anlässlich Ball des Oberbürgermeisters	1.000,00 €

Ursula Boo-Stewart Stiftung	Geldspende anlässlich Ball des Oberbürgermeisters	1.500,00 €
Kupper Brigitte	Geldspende anlässlich Ball des Oberbürgermeisters	100,00 €
Kinderschutzbund Pirmasens	Geldspende für Balancier- und Kletterpfad im Strecktalpark	5.000,00 €
DAK -Gesundheit	Geldspende an Pakt Pirmasens	2.152,80 €
Daniel Blatt	Geldspende an Pakt Pirmasens	200,00 €

Sachspende:

Spender	Zweck	Betrag
Charlotte Litzenburger	Sachspende insgesamt 19 Bilder von der Künstlerin Charlotte Litzenburger für das Stadtmuseum Rathaus Pirmasens am 29.02.2024	13.500,00 €

**zu 7 Antrag der Koalition CDU, FWB, FDP vom 10.09.2024 bezüglich "Kameraüberwachung"**

Der Vorsitzende bezieht sich auf den vor der Sitzung hochgeladenen Antrag der Koalition CDU, FWB und FDP vom 10.09.2024 bezüglich "Kameraüberwachung" (siehe Anlage 12 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende zeigt auf, in der Sitzung vom 23. September 2024 hätten die Fraktionen der Koalition einen Antrag auf Prüfung der Möglichkeit einer Videoüberwachung im öffentlichen Raum gestellt. Hintergrund sei unter anderem eine Umfrage des Kriminalpräventiven Rats und einer nachfolgenden Debatte über das subjektive Sicherheitsempfinden in der Stadt gewesen.

Obwohl Pirmasens eine vergleichsweise gute Sicherheitslage habe, sei das Sicherheitsgefühl vieler Menschen getrübt. Viele Menschen beklagten, sie hätten Ängste und Sorgen im öffentlichen Raum. Sie wünschten sich Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls.

Die Videoüberwachung auf manchen öffentlichen Plätzen könnte das Sicherheitsgefühl der Pirmasenser erhöhen. Insoweit wäre sie ggf. eine geeignete Maßnahme. Die Fraktion nenne als Beispiel den Exerzierplatz oder den Park am Wedebrunnen.

Schon bei der Antragstellung sei allerdings darauf hingewiesen worden gewesen, dass es in Rheinland-Pfalz derzeit hohe rechtliche Hürden für eine Videoüberwachung gebe.

Ordnungsdezernent Clauer hätte deshalb bereits damals vorgeschlagen, den Städtetag einzubinden, um eine Änderung des POG zu beraten. Tatsächlich seien die Anforderungen an eine Videoüberwachung in Rheinland-Pfalz derzeit sehr hoch und augenscheinlich höher als in anderen Bundesländern. So dürfe nur die Polizei Bild- und Tonaufzeichnungen im öffentlichen Raum fertigen, nicht die Stadt. Voraussetzung dafür sei außerdem, dass Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung begangen werden.

Die Leitung der Polizeiinspektion Pirmasens, Frau Schröder, halte die Voraussetzungen für eine Videoüberwachung derzeit nicht für gegeben. In Pirmasens sei eine solche Maßnahme aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Sie schlage deshalb andere Maßnahmen vor, zum Beispiel Präsenzkonzepte von Polizei und Ordnungsamt, bauliche Maßnahmen oder eine bessere Ausleuchtung von Plätzen.

Die rechtliche Begründung von Frau Schröder sei für ihn nachvollziehbar. Die Alternativen setzte die Stadt im Rahmen des Modellprojekts „Urbane Sicherheit“ um. Allerdings halte er es dennoch für erforderlich, die derzeitige Rechtslage zu hinterfragen. Es sei zwar nachvollziehbar und grundsätzlich auch richtig, dem Datenschutz eine hohe Beachtung zu schenken. Es stelle sich aber die Frage, ob die Standards des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) noch zeitgemäß seien. Oder ob nicht eine niedrigere Hürde für eine Videoüberwachung angesichts der geänderten Lage geboten wäre.

So wäre ein niederschwelliger Zugang für eine Videoüberwachung rechtlich durchaus möglich. Das zeige auch die Rechtslage in anderen Bundesländern, wo eine Videoüberwachung deutlich früher zulässig sei.

Das Land müsste dazu allerdings das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) anpassen.

Nach seiner Überzeugung habe sich die öffentliche Meinung und Wahrnehmung zu diesem Thema in den letzten Jahren auch deutlich gewandelt.

Viele Bürger, würden eine maßvolle Überwachung von bestimmten öffentlichen Plätzen begrüßen und dafür auch hinnehmen, im öffentlichen Raum gefilmt zu werden, wenn die Aufnahmen zeitnah wieder gelöscht würden.

Die Rückmeldungen nach der Stadtratssitzung im September seien ihm gegenüber jedenfalls sehr eindeutig gewesen. So habe eine überbordende Mehrheit von Menschen, die sich bei ihm gemeldet hätten, eine Videoüberwachung am Exe begrüßt.

Aus diesem Grund habe er das Thema im Vorstand des Städtetags angemeldet. Er möchte sich dafür einsetzen, eine Videoüberwachung in Rheinland-Pfalz und damit in Pirmasens künftig zu erleichtern.

Denn man müsste die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Und das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) zeitgemäß novellieren.

Der Vorsitzende schlägt vor das Thema zunächst auszusetzen, da man nicht beschließen könne. Er werde über dieses Thema und die Stellungnahme des Städtetages berichten.

Ratsmitglied Tilly merkt an, dass das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) am 10.09.2024 novelliert wurde.

Der Vorsitzende berichtet, er habe bereits mit dem Innenministerium geredet und habe nur noch auf die Antwort von Frau Schröder gewartet um das Thema in der nächsten Sitzung beraten zu können.

Ratsmitglied Scheidel merkt zu der Antwort von Frau Schröder an, genau dies habe er befürchtet. In anderen Bundesländern, wie zum Beispiel Saarland oder Hessen gebe es Regelungen, die so etwas erlaubten. Ebenso sei dies von der Bevölkerung als sinnvoll erachtet

worden. Sie als Fraktion begrüßten dies voranzutreiben. Deswegen spreche er jetzt ein Appell an die Verwaltung aus. Das subjektive Sicherheitsgefühl sei wichtig.

Der Vorsitzende setzt die Behandlung des Antrags vorübergehend aus und sagt eine Berichterstattung bezüglich des Verfahrens im Städtetag zu.

Der Vorsitzende stellt den Antrag vorübergehend zurück.

## **zu 8 Anfragen und Informationen**

### **zu 8.1 Beantwortung von Anfragen**

#### **zu 8.1.1 Anfrage der Stadtratsfraktion AfD vom 07.10.2024 bezüglich "Religionszugehörigkeit in der Stadt"**

Der Vorsitzende zeigt auf, die Beantwortung der Anfrage der Stadtratsfraktion AfD vom 07.10.2024 bezüglich "Religionszugehörigkeit in der Stadt" (siehe Anlage 13 zur Niederschrift) werde im Nachgang hochgeladen und schriftlich beantwortet.

## **zu 8.2 Informationen**

### **zu 8.2.1 Sachstand Bücherei**

Beigeordneter Clauer zeigt auf, bereits seit 2020 sei er auf der Suche nach geeigneten Flächen für die Stadtbücherei und er habe sich im Innenstadtbereich eine Vielzahl von Bestandsimmobilien angesehen. Seit 2021 stehe er in Kontakt mit den Eigentümern der Schloss-Galerie. Nach vielen Unwägbarkeiten während Corona, einer längeren Phase der Bestandsermittlung in Bezug auf den statischen Zustand, sowie lange Vertragsverhandlungen, habe es im Frühjahr 2024 einen abgestimmten Mietvertrag gegeben sowie den Auftrag des Stadtrates an den Oberbürgermeister diesen zu unterschreiben. In der Folge habe sich allerdings gezeigt, dass sich die Eigentümergemeinschaft untereinander nicht einig sei und so unabhängig von den abgestimmten Vertragsinhalten der Vertrag nicht zustande komme.

Hintergrund sei die Tatsache, dass es sich um einen Untermietvertrag handele, da nur ein Teil der Eigentümer als Vermieter aufgetreten wäre. Gespräche und Vermittlungsversuche hätten leider nicht zum Erfolg geführt. Dies sei sehr schade, da der Standort optimal für die Stadtbücherei gewesen wäre und auch für das Gebäude eine sinnvolle Nutzung bedeutet hätte. Auch die Stärkung des Standortes wäre für die dortigen Mieter von Vorteil gewesen.

Seit Herbst letzten Jahres beschäftigte er sich intensiv mit einem Alternativplan. Da man nicht noch weitere Jahrzehnte auf die Suche gehen wolle, sei die Zeit reif eine Entscheidung zu

treffen. Die Stadt besitze in der Höfelsgasse ein eigenes Grundstück. Die Lage sei zentral, gut und die städtebauliche Entwicklung könne so in diesem Bereich abgeschlossen werden.

Beigeordneter Clauer präsentiert anhand eines 3D Plans und eines Lageplans (siehe Anlage 14 zur Niederschrift). Geplant sei ein Neubau auf zwei Etagen von je 500 m<sup>2</sup> zzgl. 3 Stockwerke für Wohnen. Bauherr solle die Bauhilfe Pirmasens werden. Von Verhandlungen mit weiteren Bestandsimmobilien werde aus den gemachten Erfahrungen Abstand genommen. Solle sich kein Widerspruch erheben, würden die Pläne weiter ausgearbeitet und die benötigten Entscheidungen in der Märzsituation des Stadtrates zur Abstimmung gestellt.

Ratsmitglied Tilly erkundigt sich nach einem zeitlichen Horizont und nach den Kosten, die dadurch der Bauhilfe entstünden.

Ebenso möchte er gerne erfragen, mit welchen Mieteinnahmen die Stadt rechnen könne.

Beigeordneter Clauer antwortet, man möchte das Projekt jetzt umsetzen und schnellst möglich umziehen. Es handele sich um ein Förderprojekt und nicht um ein „Draufleggeschäft für die Bauhilfe. Die Wirtschaftlichkeit muss gewahrt bleiben. Somit würde die Stadt langfristig in einen Neubau investieren, statt Miete zu zahlen.

Die ersten Vorgespräche seien schon erfolgt.

Der Hauptausschuss nimmt zustimmend Kenntnis.

### **zu 8.3 Anfragen der Ratsmitglieder**

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17.00 Uhr.

Pirmasens, den 6. Oktober 2025

gez. Markus Zwick  
Vorsitzender

gez. Iveta Leidinger  
Protokollführung